

Montag (Nachmittag), 5. September 2016

Grosser Rat

Ordnungsanträge

Antrag SP-JUSO-PSA (Wüthrich, Huttwil)

Die Abendsession vom 7. September 2016 ist zu streichen

Präsident. Es liegen drei Ordnungsanträge vor. Als ersten möchte ich denjenigen der SP-JUSO-PSA, von Grossrat Wüthrich, behandeln lassen. Sie haben diesen in schriftlicher Form erhalten. Das Wort hat Grossrat Wüthrich.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Herzlich Willkommen auch von meiner Seite zu dieser Session. Wir haben das Programm angeschaut und festgestellt, dass wir ein wenig Reserve haben, und dass zudem einige Vorstösse zurückgezogen wurden. Wir haben deshalb kurz über die Abendsitzungen diskutiert. Ich habe dann bei den Parlamentsdiensten nachgefragt, ob es jetzt überhaupt noch möglich wäre, heute einen solchen Antrag zu stellen, oder ob unser Cateringservice «Eventmakers», der uns am Mittwoch einen Imbiss vorbereiten würde, sagt, es sei schon alles bestellt, und deshalb gehe das gar nicht mehr. Nach meiner Information wäre es für die «Eventmakers» aber möglich, dass wir kurzfristig absagen. Deshalb haben wir nun diesen Antrag gestellt. Dies auch, um wieder einmal in Erinnerung zu rufen, was eigentlich in der Geschäftsordnung (GO) Artikel 4 Absatz 4 steht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Büro des Grossen Rats legt unser Sessionsprogramm fest. Das ist klar, aber Artikel 4 Absatz 4 besagt, dass am Mittwochabend in der ersten und am Dienstagabend in der zweiten Sessionswoche Abendsitzungen abgehalten werden können – ich betone: können. Unser Büro verhält sich aber seit der Parlamentsrechtsreform so, als wäre das einfach automatisch so. Als wir das neue Parlamentsrecht diskutiert haben, sagten wir jedoch ganz klar, dass wir dort mit längeren oder kürzeren Sessionen ein wenig spielen müssen, indem Abendsitzungen eben manchmal stattfinden und manchmal nicht. Vorher war das klar, aber seit dieser Legislatur ist es ein wenig zur Mode geworden, dass man die Abendsitzungen automatisch einplant. Wir stellen unseren Antrag also auch, um dieses Anliegen wieder einmal vorzubringen. Und, wie gesagt, wäre es noch möglich, die einzige Abendsitzung dieser Session, von Mittwoch 7. September, zu streichen. Damit möchten wir dem Büro auch mit auf den Weg geben, beim nächsten Mal bei der Planung des Sessionsprogramms doch zu überlegen, ob es die Abendsitzungen überhaupt braucht.

Sie alle wissen, dass es immer unbefriedigend ist, wenn man während der Abendsitzung sprechen muss. Ich erhalte vom Büro jeweils die Absenzenlisten, und diese sind bei den Abendsitzungen immer am längsten. Die Diskussionen sind dann auch nicht mehr so gut und viele Ratsmitglieder verlassen den Rat bereits früher. Setzen wir also etwas weniger auf diese Abendsitzungen. Für den nächsten Mittwoch wäre dies noch möglich, deshalb bitte ich Sie, diesen Ordnungsantrag zu unterstützen.

Adrian Haas, Bern (FDP). Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es muss so sein, dass das Büro eine Woche vor der Session festlegt, wie das Zeitbudget aussieht, und danach muss man sich darauf verlassen können, dass dem so ist. Es kann nicht angehen, dass man dann ohne Not kurzfristig noch schnell das Programm abändert. Die Leute stellen sich darauf ein. Sie rechnen zwar teilweise auch damit, dass die Reservesitzungen – zumindest diejenigen, welche ganz zum Schluss der Session vorgesehen sind – gekürzt werden könnten. Aber eine gewisse Verlässlichkeit brauchen wir im Voraus. Vielleicht noch etwas an die SP: Grundsätzlich habe ich nichts gegen solche Anträge, aber stellt diese doch im Büro des Grossen Rats.

Madeleine Amstutz, Schwanden-Sigriswil (SVP). Ich kann mich eigentlich den Worten von Adi Haas anschliessen. Das ist so geplant worden, und alle haben sich dies entsprechend eingerichtet.

Das ist natürlich je nach beruflicher Tätigkeit für manche praktischer und für manche weniger praktisch. Aber die SVP-Fraktion wird den Antrag grossmehrheitlich ablehnen. Wenn schon, müsste man für die Zukunft über die Abendsitzungen diskutieren. Aber für September ist eine solche geplant, und deshalb sind wir der Meinung, sie sei durchzuführen.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Die BDP verhält sich genau gleich. Wir werden den Antrag ablehnen. Wir sehen auch, dass es gegen Ende der Sitzungen meist Leute gibt, die den Rat bereits verlassen. Das ist schon so, aber eigentlich müssten wir uns immer wieder sagen: Wir alle wollten ja in diesen Grossen Rat. Wir wollen politisieren. Wir haben das Programm bereits einige Zeit vorher zur Verfügung. Es ist eigentlich unsere Aufgabe, hier im Rat zu sein, und zwar auch nachdem die Traktandenliste erstellt ist. Wir haben hier einen Auftrag zu erfüllen. Wir sind nicht damit einverstanden, jetzt die Spielregeln zu ändern und lehnen den Antrag ab.

Präsident. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Auch das Präsidium unterstützt diesen Ordnungsantrag nicht. Ich gebe dazu keine weitere Begründung ab, weil die Argumente bereits genannt wurden. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Ordnungsantrag der SP-JUSO-PSA-Fraktion annehmen will, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ordnungsantrag SP-JUSO-PSA)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	42
Nein	97
Enthalten	8

Präsident. Sie haben den Ordnungsantrag abgelehnt. Wir werden somit am Mittwochabend, 7. September, wie geplant tagen.

Antrag Präsidium des Grossen Rats (Reinhard, Thun FDP)

Traktandum 47, Geschäft 2016.RRGR.309 Mehr Demokratie dank Einbürgerung
Reduzierte Debatte

Präsident. Wir kommen zum zweiten Ordnungsantrag, den das Präsidium gestellt hat. In der Traktandenliste war nicht ersichtlich, dass es sich bei Traktandum 47 um einen Richtlinienvorstoss handelt, und Richtlinienvorstösse werden in reduzierter Debatte behandelt. Wird bestritten, dass wir Traktandum 47 in reduzierter Debatte beraten, möchte jemand sich dazu äussern? – Das ist nicht der Fall, wir stimmen demnach über den Antrag ab. Wer den Antrag des Präsidiums annehmen will, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Geschäft 2016.RRGR.309, Ordnungsantrag Präsidium des Grossen Rats)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	130
Nein	9
Enthalten	3

Präsident. Sie haben dem Antrag des Präsidiums zugestimmt.

Antrag glp (Schöni-Affolter, Bremgarten)

Traktandum 106, Geschäft 2016.RRGR.816

Änderung des Sessionsprogramms:

Wahl eines Grossratsmitglieds der glp als Ersatzmitglied BAK.

Präsident. Damit kommen wir zum dritten Ordnungsantrag. Hierbei handelt es sich um die Auf-

nahme eines zusätzlichen Traktandums, der Wahl eines Ersatzmitglieds der glp für die BAK. Ich denke, das wird nicht bestritten sein? – Ich sehe keine Opposition, demnach ist dieser Ordnungsantrag stillschweigend genehmigt.

5 2016.RRGR.716 Bericht

Jahresbericht 2015 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH)

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP), Kommissionssprecher der SiK. Christian Hadorn und ich dürfen Sie in der IGPK der IPH vertreten. Christian amtiert als Präsident der IGPK, und ich werde nun kurz etwas zum Bericht sagen. Allerdings muss ich nicht allzu viel sagen, denn wir haben eigentlich alles im Bericht geschrieben. Wir verfügen über ein sehr gutes Sekretariat, das uns bei dieser Arbeit unterstützt hat. Wir können festhalten, dass die Polizeischule in Hitzkirch grundsätzlich sehr gut funktioniert. Zurzeit müssen wir leider auf die Arbeitskraft unserer neu gewählten Direktorin, Frau Irene Schönbächler, die 2015 ihre Arbeit aufgenommen hat, verzichten. Sie ist erkrankt und befindet sich derzeit auf dem Weg der Genesung. Die Schule wird in dieser Zeit von ihrem Stellvertreter, Harry Wessner, kompetent geführt. Wie Sie sehen, sind die verschiedenen Bereiche der Schule im vergangenen Jahr sehr gut gelaufen, und die Unternehmensstrategie und die Bildungsstrategie der Schule wurden verfolgt. Bei der Bildung muss man erwähnen, dass derzeit durch die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD eine Gesamtüberprüfung des Bildungsrahmenkonzepts vorgenommen wird. Es wird angeschaut, wie die Polizeiausbildung in Zukunft aussehen soll. Das war auch bei uns in der GPK ein Thema, denn die neue Ausbildung könnte Auswirkungen auf die Polizeischule haben. Zurzeit ist dies ja eine einjährige Polizeischule, die viele vor Ort in Hitzkirch als Internat besuchen. Insbesondere tun dies unsere Bernerinnen und Berner, die jeweils einen langen Weg nach Hitzkirch haben. Sollte die Ausbildung anders gestaltet werden, indem etwa viel mehr Praktika absolviert würden, dann hätte dies natürlich entsprechende Auswirkungen auf die Schule. Dort sind die Entscheide noch nicht gefällt, und wir verfolgen dies. Wichtig ist, dass die Schule ihre Infrastruktur primär für ihre Bildungsaufgabe zur Verfügung stellt. Aber parallel dazu kann diese Infrastruktur, wenn es möglich ist, auch von Dritten genutzt werden. Dies entspricht der Strategie der Schule.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, der im Jahresbericht 2015 noch nicht enthalten ist. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist man dabei, die Organisation der Polizeischule Hitzkirch zu überprüfen. Der Schulrat, bzw. die Konkordatsbehörde, in der die Regierungsrätinnen und Regierungsräte der elf Mitgliedskantone Einsitz haben, hat den Grundsatzentscheid gefällt, dass man diese Organisationsstrukturen anschauen möchte. Dies geschieht jedoch ohne Anpassung des Konkordatsvertrags. Es soll also alles im Rahmen des bisherigen Konkordats gemacht werden. Für uns als Parlament ist wichtig zu wissen, dass seitens der Konkordatsbehörde Fragen zur Rolle der IGPK gestellt wurden. Wir sind der Meinung, dass im Rahmen der IGPK die parlamentarische Einflussnahme – also dass wir als Parlament zu dieser Schule schauen und etwas dazu sagen können – innerhalb dieses Konkordats vorbildlich geregelt wurde. Nun hat jedoch die Konkordatsbehörde etwas Mühe damit, dass es hier 20 bis 22 Parlamentsmitglieder gibt, die beinahe besser über die Schule Bescheid wissen, als sie selbst. Es wurden uns als IGPK daher kritische Fragen zu unserer eigenen Arbeit gestellt, wie beispielsweise die Frage, ob wir tatsächlich so viel machen müssen, usw. Damit möchte ich Sie nun aber nicht weiter im Detail befassen. Wir sind aktuell dabei, die Fragen der Konkordatsbehörde zu beantworten, und werden Ihnen dann im nächsten Jahr sagen können, wie es mit der Organisationsentwicklung der Schule weitergeht. Man muss etwas tun im Bereich Governance, das haben auch wir erkannt und zurückgemeldet. Aber dass nun die Konkordatsbehörde hier unsere Funktion als IGPK teilweise in Frage stellt, finden wir nicht richtig. Soweit ein paar Worte zur IGPK. Sollten noch Fragen auftauchen, sind Christian und ich gerne bereit, Ihnen diese zu beantworten. Ich beantrage Ihnen im Namen der SiK die Kenntnisnahme des Berichts.

Präsident. Wir führen eine reduzierte Debatte. Welcher Fraktion darf ich das Wort erteilen? – Für die grüne Fraktion hat Frau Machado das Wort. Sie haben zwei Minuten Zeit.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Die grüne Fraktion nimmt den Jahresbericht der IPH zur Kenntnis. Wir sind erfreut, dass sich die Polizeischule im 2015 im Bereich Personal und

Finanzen stabilisieren konnte. Sorge bereitet der grünen Fraktion dagegen, dass die Gebäude offenbar sanierungsbedürftig sind und man nicht weiss, welche Kosten da noch auf die Kantone zukommen werden. Der Kanton Bern trägt mit gut 4,5 Mio. Franken 35 Prozent zur Finanzierung der IPH bei. Unschön ist, dass die Mitsprache im Konkordat nicht adäquat zu seiner finanziellen Leistung ist.

Präsident. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer den Bericht zur Kenntnis nehmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Kennntnisnahme

Ja	128
Nein	0
Enthalten	0

Präsident. Der Rat hat den Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen.